

BUCHBESPRECHUNGEN

<p>Arnauld, Andreas von / Hufeld, Ulrich (Hg.): <i>Systematischer Kommentar zu den Lissabon-Begleitgesetzen</i> (Michael Fuchs).....</p>	243
<p>Eisenberg, Götz: <i>Zur Sozialpsychologie des entfesselten Kapitalismus</i> (Richard Albrecht).....</p>	244
<p>Hadfield, Amelia / Manners, Ian / Whitman, Richard G.: <i>Foreign Policies of EU Member States</i> (Michaela Korsch).....</p>	246
<p>Hippler, Thomas: <i>Die Regierung des Himmels</i> (Hans-Martin Schönherr-Mann).....</p>	248
<p>Manow, Philip: <i>Die zentralen Nebensächlichkeiten der Demokratie</i> (Helge F. Jani).....</p>	249
<p>Mehring, Reinhard: <i>Carl Schmitt</i> (Thorsten Paprotny).....</p>	251
<p>Meifort, Franziska: <i>Ralf Dabrendorf</i> (Heinz Brill).....</p>	253
<p>Neffe, Jürgen: <i>Marx. Der Unvollendete</i> (Hans-Martin Schönherr-Mann).....</p>	255
<p>Reybrouck, David van: <i>Für einen anderen Populismus</i> (Sandra Wirth).....</p>	256
<p>Sommer, Andreas Urs: <i>Nietzsche und die Folgen</i> (Bruno Heidlberger).....</p>	258
<p>Wertheimer, Jürgen / Holz, Isabelle / Rogge, Florian: <i>Maidan, Tabrîr, Taksim. Die Sprache der Plätze</i> (Michael Fuchs).....</p>	260

Andreas von ARNAULD/Ulrich HUFELD (Hg.): Systematischer Kommentar zu den Lissabon-Begleitgesetzen. IntVG / EUZBBG / EUZBLG / ESMFinG, Baden-Baden: Nomos-Verlag, 2. Auflage 2018, 759 S., € 128,00

Der Vertrag von Lissabon hat die Europäische Union bekanntlich grundlegend institutionell reformiert. Dies war durch die Erweiterung der Europäischen Union auf 27 Mitgliedstaaten erforderlich geworden, die die Handlungsfähigkeit der EU gefährdet hatte. Das Ziel des Vertrages war es aber nicht nur, die EU effizienter zu machen, sondern zugleich auch demokratischer und transparenter. So wurde durch den Vertrag sowohl der Einfluss des Europäischen Parlaments als auch der der nationalen Parlamente erweitert. Letzterem sind in Deutschland, eingedenk der Tatsache, dass Rechte Parlamenten nicht zufliegen, sondern erkämpft sein wollen, eine ganze Reihe von einfachen Gesetzen gewidmet, die im vorliegenden Kommentar treffend als »Lissabon-Begleitgesetze« bezeichnet werden. Es handelt sich dabei um das Integrationsverantwortungsgesetz (IntVG), das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG), das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund in Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG) und das Gesetz zur finanziellen Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM-FinG). Alle diese Gesetze haben nur ein Ziel: sie sollen den Einfluss des Bundestages beim Prozess der Europäischen Integration sichern. Dies ist im Interesse des demokratischen Gehalts der Europäischen Union und deswegen erforderlich, weil der Europäische Integrationsprozess ein vorwiegend exekutiv gesteuerter und verlaufender Prozess ist. Unter maßgeblicher Hilfestellung des Bundesverfassungsgerichts haben sich so nicht nur in der Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch in der Europapolitik parlamentarische Mitwirkungsregime entwickelt, die den bisher als Arkanbereich der Regierung apostrophierten Raum zunehmend parlamentarisiert haben (dazu demächst näher: *Fuchs*, *Parlamentari-*

sche Mitwirkungsregime in der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik).

Die beiden Herausgeber des vorliegenden Bandes und ihre Autoren widmen sich ausschließlich den europapolitischen Mitwirkungsregimen. Das vom üblichen juristischen Kommentar-Schema abweichende Vorgehen hat die zweite Auflage dieses Werkes nicht gehindert. Dieses besondere Schema macht den Kommentar im Gegenteil gerade auch für den nicht- und außerjuristischen Leserkreis interessant. Die erwähnten parlamentarischen Begleitgesetze werden nämlich nicht, wie üblich, je gesondert und paragraphenweise kommentiert, sondern in jeweils größere Zusammenhänge eingeordnet, was die Arbeit für den Gesetzesanwender, wie erwähnt, zwar erschwert, jedoch einen Mehrwert für Nichtjuristen generiert. Ein erster Teil ist dem »historisch-systematischen Kontext« gewidmet (S. 39 ff.). Fünf Paragraphen dieses Teils widmen sich der »Europäischen Integration und Verfassungsänderung« mit lesenswert-kreativen Ausführungen von Ulrich Hufeld (S. 39 ff.), dem »Parlamentarismus und Föderalismus in der EU« (S. 83 ff.), den »materiellen Verfassungsbindungen der Integrationspolitik« (S. 135 ff.), der »Parlamentsbeteiligung im EU-Rechtsvergleich« (S. 173 ff.) und der »Europäischen Mehrebenen-Governance und das Bundesverfassungsgericht« (S. 233 ff.).

Der zweite Teil ist ausschließlich dem Integrationsverantwortungsgesetz gewidmet. Vier Paragraphen befassen sich hier mit der »Integrationsverantwortung als Leitbegriff des Gesetzes« (S. 257 ff.), der »Legitimation der Änderung und Fortentwicklung des Primärrechts« (S. 277 ff.), den »Einspruchs- und Kontrollrechten« (S. 366 ff.) und den »Unterrichtungspflichten« (S. 403 ff.).

Im dritten Teil sind insgesamt sieben Paragraphen dem EUZBBG und dem EUZBLG gewidmet. Sie enthalten tiefgehende Ausführungen zum »Anwendungsbereich und der Systematik der Gesetze« (S. 431 ff.), der »Unterrichtung des Bundestages« (S. 453 ff.), der »Unterrichtung des Bundesrates« (S. 467 ff.), den »Unterrichtungsmodi« (S. 475 ff.), der »Unterrichtung und Mitwirkung in besonderen Fällen« (S. 525 ff.), der »Institutionellen Beteiligung« (S. 585 ff.), der »Institutionellen Beteiligung des Bundesrates und der Länder« (S. 615 ff.) und der »Beteiligung bei

Personalentscheidungen« (S. 627 ff.). Der vierte und letzte Teil ist schließlich der haushaltspolitischen Gesamtverantwortung des Bundestages und dem ESMFinG gewidmet (S. 645 ff.). So technisch-kleinteilig sich dies alles auch anhört, so unabdingbar sind alle diese Regelungen doch im Interesse der Demokratisierung der Europäischen Union. Europafähigkeit des Bundestages wird großenteils über Verfahren und Institutionen hergestellt. Eine gänzlich andere Frage ist jedoch, ob und in welcher Weise der Bundestag, seine Organe und Mitglieder von diesem europapolitischen parlamentarischen Instrumentarium tatsächlich auch Gebrauch machen. Skepsis ist hier angebracht, was aber nichts anderes dokumentiert als den Befund, dass europapolitisches parlamentarisches Engagement nicht erzwungen werden kann. Der »von Arnauld/Hufeld« ist ein herausragendes Werk, welches Juristen und Politologen gleichermaßen nur wärmstens empfehlen werden kann. Markiert der Band für die einen einen »Eckpfeiler des Deutschen Intergrationsverfassungsrechts« und des »europa-spezifischen Staatsorganisationsrechts« (so das Vorwort), so ist es für Letztere ein illustrierender Beleg für die zunehmende »Parlamentarisierung der Europapolitik«. Mehrere Disziplinen gleichzeitig mit Erhellung und Anregung zu beglücken und einen wichtigen Beitrag zur Behebung des vielbeklagten demokratischen Defizits der Europäischen Union zu leisten, kann im Interesse der Demokratisierung der Union nur begrüßt werden.

Michael Fuchs

Götz EISENBERG: *Zur Sozialpsychologie des entfesselten Kapitalismus. Band 1: Zwischen Amok und Alzheimer. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel, 3. korrigierte Auflage 2016, 289 S., € 24.90; Band 2: Zwischen Arbeitswut und Überfremdungsanst. Gießen: Edition Georg-Büchener-Club 2016, € 24.90*

Diese Kritik des gegenwärtigen Kapitalismus kann gespannt machen. Es geht um nicht weniger als die Sozialpsychologie genannte Innensicht des Kapitalismus als besondere Form eines imperialen Weltsystems ohne aktuelle Alternative. Und entsprechend des beiden Büchern unterliegenden Grundkonzepts um einen geschichtlich besonde-

ren Menschen- oder Identitätstyp des entfesselten Kapitalismus. Dessen Verhalten soll ohne herkömmliche Bindungen enttraditionalisiert, auf sich bezogen individualisiert und auf eigene Gewinnmaximierung ausgerichtet sein.

Götz Eisenberg ist 1951 geboren. Er schreibt gegen die zunehmende »Kultur aus Selbstsucht und Gier« voller Sehnsucht nach einer Welt, in der der Mensch dem Menschen kein Wolf mehr ist, präsentiert sich als libertärer Sozialist, Marx-Versteher und Anhänger einer Kritischen Theorie Frankfurter Prägung (Th. W. Adorno, *Minima Moralia* 1951; M. Horkheimer [H. Regius], *Dämmerung* 1934). Nach Studien-, Lern- und Wanderjahren war Eisenberg als ausgebildeter Familientherapeut von 1993 bis zur Verrentung 2016 Gefängnispsychologe in der hessischen Justizvollzugsanstalt Butzbach. Er veröffentlichte unter anderem Bücher über *Jugend und Gewalt* (1993) und *Amok* (2000, 2002, 2010) sowie Fachaufsätze über zeitgenössische Tötungsdelikte (2006), Gewalt verherrlichende Computerspiele im Gefängnis (2008) und »Schlüsselerlebnisse« in der Verbrechenstherapie (2009). Sein Aufklärungsanliegen ist in mehrfacher Hinsicht anspruchsvoll. Methodisch geht es um die Transformation von objektiven Strukturen vor allem der politischen Ökonomie und ihrer Entwicklung in durchs Handeln von Menschen(gruppen) geschaffene gesellschaftliche Kultur. Insofern schließt der Autor nicht nur explizit an Peter Brückners *Sozialpsychologie des Kapitalismus* (1974) an, sondern auch an Sigmund Freuds Essay über *Das Unbehagen in der Kultur* (1930) sowie an eine unter dem Titel *Prinzip Neugier* (1992) als Buch veröffentlichte *andere Sozialpsychologie* Klaus Ottomeyers.

In beiden Bänden geht es um des Eisenbergs Vorstellung eines dem entfesselten Kapitalismus entsprechenden gesellschaftlichen Identitätstyps. Und damit um Antworten auf die politisch wichtige Frage: Warum konnte und kann sich der Neoliberalismus als bisher letztes Stadium des Kapitalismus so rapide und gründlich durchsetzen, in die Poren der ihm unterworfenen Subjekte eindringen und ihren – zunehmend digitalisierten – Alltag so nachhaltig bestimmen?

Diesen Typus verortet Eisenberg als *Psychopathen im narzisstischen Zeitalter*. Der Narzisst selbst entspricht nicht mehr dem entfesselten, im Kern selbst pathologischen Neoliberalismus mit

seiner finanzmarktdominierten, entstofflichten, geldgetriebenen und algorithmisierten Parasitärökonomie. Gebrauch wird das pathologisch entfremdete Subjekt in so totalitärer wie flexibler Abhängigkeit ohne Gedanken und Aussicht, seine Lage überwinden zu können – eine *neoliberale Persönlichkeit* Prototyp Bankster.

Der Autor variiert diesen Typus zahlreich, bedrückt, anschaulich, anregend, in oft griffigen Formulierungen und gelegentlich einprägsamen Sprachbildern: Im ersten Band in zehn Kapiteln und einem breiten Spektrum von Leben in Alterseinsamkeit über Schulwandertage und Kindergartenkinder zum Konsumkonformismus. Einmontiert sind 26 als »Ethnologie des Inlands« bezeichnete Kurztexte, die vor allem visuelle Alltagseindrücke versprachlicht reflektieren (dabei auch konstrativ gelegentlich systemdissent humane Alltagsgesten ansprechen).

Gelegentlich blickt der Autor auch über den Zaun vieler Individualitäten und erinnert mit R. K. Merton an den soziologischen Anomietyp des abweichenden Konformisten. Jugendliche »Konsumkrawalle« sind nicht nur abweichendes Verhalten, sondern auch devianter Konformismus. Diesem fehlen allein die gesellschaftlich vorgegeben Mittel zur Bedürfnisbefriedigung. Weshalb Gruppen in Bandenform organisiert plündern – Elektrogeräte, Turnschuhe, Bildschirme, Smartphones, Süßigkeiten als Beute: »Wenn die Teilnahme am Konsum mehr und mehr über die Zugehörigkeit zur Gesellschaft entscheidet, gehört, wer bestimmte Dinge nicht vorzeigen kann, eben nicht dazu. Die Jugendlichen holen sich die Dinge nun auf ihre Weise.«

Analog zum ersten ist auch der zweite Band mit seinen sieben Abschnitten und 29 Inlandsethnologien angelegt. Jedoch besser gegliedert, durchstrukturiert (auch lektoriert?), mit (unvollständigem) Namensregister, augenfreundlicher gesetzt. Er enthält drei bereits in Band 1 gedruckte Kurztexte. Und in den beiden letzten Abschnitten finden sich auch einige erfahrungsgesättigte, zum Nachdenken anregende Aufsätze, etwa zur Lebenswelt von Berufseinbrechern und Therapie gefangener Männer als Einblicke in Bereiche der »hidden society« (Vilhelm Aubert).

Abschließend drei Kritikpunkte – sprachlich, wissenschaftlich, politisch:

Auch Eisenberg floskelt von Wir (bzw. uns) und Wir alle. Zwei Wir-Varianten freilich hat der

Autor gelöst: Das einfache *Wir* lässt sich auf »die Bürger eines dem Anspruch nach demokratischen Gemeinwesens«, dem sich Eisenberg zugehörig fühlt, beziehen. Beim hyperbombastischen *Wir alle* verweist er auf die auch Peter Brückner bekannte Demoskopeneinsicht: »Was für alle gilt, gilt nicht für jeden« (vulgo: *Alle, nicht jeder*). Andere von Eisenberg benutzte *Wir*-Varianten sind als gedankenlose Worthülsen überflüssig.

Das Problem der Vermittlung von der großen globalen Welt der Wenigen oben in die kleine Lebenswelt der Vielen unten wurde schon Anfang der Nullerjahre kritisch bemerkt (R. Albrecht, »Nur ein ›Amokläufer?‹ in: Recht und Politik, 38 [2002] 3: 143ff.). Es ist auch hier nicht gelöst. So anregend die Hinweise zum Identitätstyp als Grundthese sind – sie bleiben als feuilletonistisches Stückwerk sozialwissenschaftlich beliebig.

Politisch schließlich wirkt die postadornosche Ausrichtung einer ›Ökonomie des Glücks‹ hilflos. Deshalb als Ausblick im politdiskursiven Sinne ein aktuelles, auf die Gegenwartslage bezogenes Zitat zum möglichen nächsten Schritt (analyse & kritik, 16. Mai 2017): »Das Ziel einer Neuen Klassenpolitik besteht darin, Erfahrungen zu bündeln, und aufzuzeigen, dass trotz geschlechtlicher, ethnischer oder nationalstaatlicher Grenzziehungen überschneidende Interessen bestehen, gemeinsame Kämpfe möglich sind und erfolgreich sein können.«

Richard Albrecht

Amelia HADFIELD, Ian MANNERS, Richard G. WHITMAN (Hrsg.): *Foreign Policies of EU Member States. Continuity and Europeanisation*, London und New York: Routledge, 2017, 290 S., € 35,99

»[A] symbiotic but uneasy relationship« (S. 1) – kurz und prägnant beschreiben die Herausgeber das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten in der Außenpolitik. Dieser Beziehungsstatus verdeutlicht, dass die wertbasierte nationale Außenpolitik der Unionsmitglieder zwar nach wie vor besteht. Allerdings haben sich parallel dazu kollektiv ausgeführte außenpolitische Policies der EU entwickelt, die verschiedenen Entscheidungskompetenzen unterliegen. Die dadurch bestehende Dualität ist der Leitgedanke des Sammelbandes. Erörtert wird

die Veränderung der mitgliedstaatlichen (EU-)Außenpolitik – ob diese kontinuierlich im Sinne ihrer Grundsätze handeln oder einer Europäisierung unterliegen.

Die Zweiteilung spiegelt sich in der *Gliederung* wider: Im ersten Teil liegt der Schwerpunkt auf der geographischen Orientierung bzw. Geopolitik der Unionsmitglieder. Die Untergliederung erfolgt durch die Einteilung der Mitgliedstaaten in die vier Himmelsrichtungen (Norden, Westen, Osten und Süden), die eine gemeinsame Prägung ihrer Werte mit sich bringt. Hervorzuheben ist, dass Frankreich und Deutschland zusammengefasst werden; treffend begründet durch ihre geographisch (und politisch) »zentrale« Stellung für die EU. Der zweite Teil besteht aus zehn Analysen der Entscheidungskompetenzen in unterschiedlichen außenpolitischen EU-Policies (z. B. Militäroperationen, Energiepolitik, Diplomatie). Das erste, weniger überraschende Ziel ist es, einen Überblick über die diffizile Außenpolitik der Union zu schaffen; außerdem soll beantwortet werden, was die Werte der Mitgliedstaaten in ihrer (EU-)Außenpolitik geopolitisch beeinflusst und warum einige Mitgliedstaaten die Vergemeinschaftung der Außenpolitik unterstützen, andere aber nicht.

Das Herausgreifen zweier *Analysen* des ersten Teils zeigt, dass der Einfluss der Werte auf die Außenpolitik der Mitgliedstaaten sowie deren Veränderung keinem einheitlichen Bild entsprechen: so unterlag beispielsweise »Southern Europe« (5. Kapitel) in der Außenpolitik einer nahezu übereinstimmenden Europäisierung, seit der Jahrtausendwende treten bei den erläuterten Staaten jedoch Anzeichen einer Renationalisierung auf. Kontrastiert wird das Bild von Frankreich und Deutschland (4. Kapitel): Während Frankreich eine extra-regionale Außenpolitik entwickelt hat, durchlief Deutschland den Prozess einer kontinuierlichen Europäisierung. Im zweiten Teil wird deutlich, dass durchweg alle untersuchten außenpolitischen Policy-Bereiche keiner einheitlichen, sondern gleichzeitig verschiedenen Entscheidungskompetenzen unterliegen. Die Bezeichnung des Policy-Making in der EU-Außenpolitik als »complex (...) eco-system« (S. 266), in dem die Mitgliedstaaten eine zentrale Rolle spielen, bringt die Ergebnisse auf den Punkt.

Durch die Rezensentin hervorgehoben werden im Folgenden die *Methodik* sowie zuvor die

Konzeptualisierung des Sammelwerkes. Hadfield et al. beginnen mit der Akteursqualität der EU, durch das Aufgreifen des aktuellen Forschungsstandes schaffen sie eine effiziente Grundlage: Je weniger die Union ihre »overall multilevel actor-ness« (S. 5) zeigt, desto größer ist der Einfluss der nationalen Außenpolitik der Mitgliedsstaaten. Eine weniger konkrete Festlegung erfolgt hinsichtlich der Macht der Union, die lediglich als »einzigartig« charakterisiert wird. Die Wahl ist jedoch wohl überlegt, denn im Fokus der Methodik steht die Veränderung der mitgliedstaatlichen EU-Außenpolitik, kein deterministisch festgelegter Input oder Output. Auch die anschließend erläuterte Spannung zwischen den Unionsmitgliedern und der EU stützt die Methodik: untersucht werden die geteilten und parallelen Formen der Entscheidungskompetenzen, da die nationalen Werte hier besonders hervortreten. Dies kann jedoch zu Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten und der EU führen; genau wie die abschließend erläuterte Bedeutung der nationalen Außenpolitik, die mit zunehmender Kompetenz der EU wächst.

Die Konzeptualisierung, die gleichzeitig eine gelungene Übersicht über den aktuellen Forschungsstand ist, wird – allerdings wenig überzeugend – in den Kontext der EU-Erweiterungen von 2004, 2007 und 2013 eingebettet. Die dadurch anfangs fortschreitende Vergemeinschaftung der EU-Außenpolitik wurde jedoch schnell durch noch vielfältigere nationale Präferenzen durchkreuzt. Eine tiefere Verankerung erhält der Kontext, trotz dessen Betonung zu Beginn der Einleitung, allerdings nicht. Zudem wirkt die Umschreibung »three successive waves of enlargement« (S. 2) – da 2013 nur Kroatien der Union beigetreten ist – unverhältnismäßig.

Ausnahmslos überzeugend ist dagegen die ambitionierte Methodik. Durch die Betonung der Veränderung der Werte der Mitgliedsstaaten (Inputs) und der Entscheidungskompetenzen (Output), wird eine bislang wenig beachtete Dynamik in den Fokus genommen: Kommt es in der Außenpolitik der Union durch die Mitgliedsstaaten zu einem »uploading« (S. 5) von geopolitisch geprägten Werten? Oder zu einem »downloading« (S. 5), spricht der Übernahme von EU-Normen und Instrumenten? Um die Veränderung zu demonstrieren, werden die mitgliedstaatlichen Handlungsmöglichkeiten für die analytischen

Teile des Werkes durch vier Modi stringent operationalisiert: Modus I und Modus II thematisieren die am stärksten europäisierten Kompetenzen. Die Mitgliedsstaaten können institutionalisiert, integriert und potentiell supranationalisiert agieren (Modus I) oder balancieren durch intergouvernementale Mechanismen ihre Interessen auf EU- und nationaler Ebene (Modus II) aus. Modus III demonstriert die außerhalb des Acquis der Union ausgeführte bi- oder multilaterale Außenpolitik zwischen den Mitgliedstaaten, die langfristig gesehen nicht zu einer Europäisierung führt. Die Außenpolitik zwischen EU-Mitgliedsstaaten und Nicht-Mitgliedsstaaten legt Modus IV dar. In diesem Modus priorisieren die Unionsmitglieder historische oder auch vor-mitgliedstaatliche Einflüsse gegenüber den Zielen der EU. Modus III und IV verdeutlichen damit jenes Policy-Making, das eine Europäisierung einerseits nicht ausschließt, andererseits aber auch im Gegensatz eben jener stehen kann. Die enorme Handlungsvielfalt für die Mitgliedsstaaten in der EU-Außenpolitik erhält damit einen überzeugenden Rahmen, zudem wird ihre Bewegung zwischen den Polen »Kontinuität« und »Europäisierung« ersichtlich. Dem Ausmaß der Veränderung des außenpolitischen Handelns der Unionsmitglieder durch ihre Werte wird im ersten Teil anhand des Kontinuums »schwach – stark« nachgegangen. Welcher Veränderung das mitgliedstaatliche Handeln in den Policy-Bereichen der EU-Außenpolitik unterlag, wird entlang der vier Modi im zweiten Teil dargestellt.

Drei mit der Methodik korrespondierende Schlüsselfragen ermöglichen die Kumulierung der Ergebnisse aus den Fallbeispielen des zweiten Teils und schaffen ein umfassendes Bild der EU-Außenpolitik. Die tabellarische Zusammenfassung der Befunde verweist deutlich (und für den eiligen Leser außerdem effizient) auf die konsequente Anwendung der Methodik.

Hadfield, Manners und Whitman überzeugen alles in allem bei der Umsetzung ihres ambitionierten Ziels: der Abbildung der verschiedenen Stränge der Interaktionsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit den verschiedenen Strängen des Policy-Making in der EU-Außenpolitik. Die duale und dabei dynamische Perspektive hebt das Werk aus der Forschungslandschaft heraus. Die für den Gesamtkontext angedachte, jedoch unpräzise Darstellung der Er-

weiterung soll das Lob nicht schmälern. Den Herausgebern ist es gelungen, einen neuen, den veränderten Umständen der Europäischen Union angepassten analytischen Rahmen zu entwerfen. Der Sammelband ist daher nicht nur eine Neuauflage, sondern eine umfassende Revision des Vorgängerwerkes aus dem Jahr 2000.

Michaela Korsch

Thomas HIPPLER, *Die Regierung des Himmels – Globalgeschichte des Luftkriegs*, Berlin: Matthes & Seitz 2017, 270 S., € 24,00

Dass mit ihrem Angriff auf Guernica 1937 die deutsche Luftwaffe die Terrorfliegerei begonnen habe, gilt beinahe als Gemeinplatz. Und sie setzte dergleichen dann in Rotterdam und in Coventry fort. Der alliierte Luftkrieg gegen deutsche Städte war dann nur eine Antwort darauf.

Thomas Hippler, Professor für neueste Geschichte an der Universität der Normandie in Caen widerlegt diese Sichtweise. Denn mit Flugzeugen gegen Zivilbevölkerung sowie die Infrastruktur vorzugehen, das praktizierten die Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich bereits in den 1920er- und 30er-Jahren. In der Royal Air Force nannte man das *police bombing*, das zum ersten Mal im Irak betrieben wurde. Damit ging man aus der Luft gegen Aufständische vor, die sich der britischen Kolonialmacht widersetzen. Das erwies sich als weniger risikoreich als der Einsatz von Bodentruppen. Weil man der feindlichen Kämpfer mit ihrer Guerilla-Taktik selten habhaft werden konnte, terrorisierte man die Bevölkerung, um diese zu zwingen, vom Aufstand abzulassen und sich zu unterwerfen. Die Brutalität einer solchen Art polizeilicher Maßnahme erschien gegenüber unterentwickelten und daher kolonisierten Zivilisationen gerechtfertigt, während man in Europa dergleichen weitgehend ablehnte.

Allerdings hatte es auch schon während des Ersten Weltkriegs auf alliierter Seite Überlegungen gegeben, deutsche Städte anzugreifen. Auf Drängen Frankreichs, wo man Angst vor Luftangriffen auf Paris hatte, wurde dergleichen aufgeschoben. Zu einem trotzdem geplanten großen Einsatz 1918 kam es nicht mehr, weil der Krieg zuvor endete. Vordenker einer Luftkriegsstrategie war der italienische General Giulio Douhet

(1869–1930), »der nicht nur Bomben- und Giftgasangriffe auf die Zivilbevölkerung empfiehlt, sondern zu gleichen Zeit eine Kernidee des Pazifismus verteidigt, nämlich die eines »internationalen Tribunals«, das den Krieg unterbindet, indem es seine Entscheidungen mittels Luftflotte durchsetzt.« (S. 20) Für Hippler vereinigen sich hier *police bombing* und humanistischer Kosmopolitismus. Wenn Douhet die Luftwaffe als eigenständige Waffengattung propagierte, was als erste die Royal Air Force realisieren würde, dann entsteht damit eigentlich eine neue Polizei-Einheit.

Auch der gängigen Einschätzung, die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki hätten Japan zur Kapitulation bewegt, widerspricht Hippler. Japan wäre schon zuvor dazu bereit gewesen. Der Zweck der Abwürfe diene vielmehr der Erprobung der neuen Waffe, um damit insbesondere der Sowjetunion zu drohen.

Bis heute wäre der Sinn des Luftkriegs, Druck auf die Bevölkerung auszuüben, um sie entweder zu demoralisieren oder um sie zum Aufstand gegen ihre Regime zu bewegen. Die Zivilbevölkerung wird dadurch in den Krieg einbezogen, der Krieg nach Hippler »demokratisiert«. Das hält Hippler für eine neue Entwicklung, die erst der Luftkrieg ermöglicht. Doch das Aushungern von belagerten Bevölkerungen, die Zerstörung von Infrastruktur gab es bereits in der Antike und zieht sich quer durch die Geschichte des Krieges.

Neu ist eher, dass man mit dem Luftkrieg diese Ziele gemeinhin nicht erreicht, wie es koloniale Konflikte, der Zweite Weltkrieg oder der Vietnamkrieg vorführen. Trotzdem zieht Hippler eine Linie vom kolonialen *police bombing* zum aktuellen Drohnenkrieg der USA gegen diverse Terrornetzwerke. Natürlich arbeitet er die Unterschiede heraus. Doch die gewisse Zielgerichtet solcher Angriffe geht nach Hippler einher mit einer sich global ausbreitenden Kontrolle, der niemand mehr entgeht. So führen die neoliberalisierten Demokratien unter ihrem Hegemon USA einen Krieg, der zum weltweiten Normalzustand avanciert.

Dabei betrachtet Hippler ausschließlich die US-amerikanischen strategischen Diskussionen, die von einem Neodouhetismus geprägt sind, und zwar vor dem Hintergrund von Opferzahlen, ökonomischen Interessen und der Arroganz der Macht: Luftkrieg mit humanistisch kosmopolitischem Feigenblatt im Dienst eines neoliberalen

ral entfesselten, demokratischen Kapitalismus. Dagegen geht er auf die Vorhaben ihrer jeweiligen Gegner praktisch nicht ein, spekuliert er höchstens ein wenig, was sich Saddam Hussein bei den Golfkriegen wohl gedacht haben könnte. So klingt dergleichen nach einer gängigen linken Kritik an neoliberaler und neoimperialistischer Politik, wie man sie bei Wolfgang Streeck (*Gekaufte Zeit*, 2013) oder Paul Mason (*Postkapitalismus*, 2015) findet, verweist Hippler auch auf *Empire* von Antonio Negri und Michael Hardt aus dem Jahr 2000.

Allerdings wird die nazi-deutsche Kriegsführung, insbesondere der Einsatz der Luftwaffe höchstens am Rande erwähnt. Weiterhin stellt Hippler den Wohlfahrtsstaat als die friedliche Seite des demokratischen *police bombing* dar, was aus dem modernen Staat einen »national-sozialen« macht. Eine solche Argumentation hintergeht denn doch die zeitgenössische Kritik von Colin Crouch (*Postdemokratie*, 2004), Streeck oder Mason.

Wenn Hippler den Kosmopolitismus und jegliche Emanzipationsbestrebungen dazu zählt, dann entlarvt er nicht nur totalitäre Züge des demokratischen Staates, sondern setzt ihn mit dem totalitären gleich – eine momentan allerdings unter intellektuellen verbreitete Neigung – man denke an den von Heinrich Geiselberger herausgegebenen Sammelband *Die große Regression* (2017) und darin insbesondere an die Beiträge von Nancy Fraser, Ivan Krastev oder Robert Misik.

Ja, wenn Hippler dann auch noch von Gandhi als »Apostel der Gewaltfreiheit« spricht, der 1942 erklärt habe, dass es zur indischen *Nationbuilding* wohl eine Million Opfer brauchen würde, dann scheint Hippler mit dieser Gleichsetzung umgekehrt den totalitären Staat legitimieren zu wollen, und zwar eher einen nationalistischen als einen kommunistischen.

Oder aber, er liefert jener Kritik Argumente, die poststruktureales Denken für das postfaktische Zeitalter verantwortlich macht. Denn Hippler bezieht sich immer wieder auf Foucault, Deleuze und Guattari, argumentiert mit sozialstaatlicher Biopolitik, die sich in die Thanatopolitik eines *police bombing* transformiert, wie mit dem panoptischen Blick.

Alles in allem sind seine Urteile zu pauschal, geht er auf manche militärische Diskussion und

das eine oder andere militärische Geschehen merkwürdig ausufernd und detailverliebt ein, anstatt umgekehrt auch den Blick auf die Strategien der Totalitarismen wie auf deren Opfer zu werfen. Nein, es gibt für Hippler immer nur einen Schuldigen, den neodouhetistisch operierenden, globalen demokratischen Kapitalismus. Womit kann man den letztlich nur abschaffen? Mit dem autoritären und autarken Nationalstaat – man denke an Nordkorea oder an die europäische Geschichte!

Hans-Martin Schönherr-Mann

Philip MANOW: Die zentralen Nebensächlichkeiten der Demokratie. Von Applausminuten, Föhnfrisuren und Zehnpunkteplänen, Berlin: Rowohlt 2017, 317 S., € 14,99

Was interessiert das Publikum an der Politik? Etwa die Tatsache, dass die Bundesregierung noch kurz vor dem Ende der Legislaturperiode eine Gesetzesänderung im Bereich der Arzneimittelregulierung beschlossen hat? Oder dass der Bundesrat nach langen Verhandlungen der Neuordnung des Länderfinanzausgleiches zugestimmt hat? Wohl kaum.

Den Wähler interessiert das Alltägliche, mitunter auch das Abseitige und das – im Wortsinne – Abwegige. Es sind Ereignisse, Verhaltensweisen oder Beobachtungen, die abseits des politischen Alltags geschehen, also jenseits der offiziellen und hell ausgeleuchteten Arenen der Politik. Die Sphäre, die nicht durch Tagesordnungen und protokollarische Zwänge bestimmt ist, zieht besondere Aufmerksamkeit auf sich, »denn das Wesentliche wird ja in der Demokratie nicht anders als das Nebensächliche behandelt [...]« (S. 31). Diese Nebensächlichkeiten dienen der Inszenierung von Politik; sie wirken mithin an der Herstellung von Bedeutung mit.

Wie Politik in der Demokratie plastisch wird, vollzieht sich auf zwei verschiedenen Ebenen: Auf der individuellen Ebene steht der einzelne Politiker mit seinem Verhalten, seinen Angewohnheiten (wo er Urlaub macht), seinen geschmacklichen Routinen (was er gern isst und trinkt) und menschlichen Schwächen (wann er sich verspricht). Der Politiker wird erkennbar als Privatperson, die die Fähigkeiten des Alltags zu meistern hat. Man erlebt den Politiker nicht nur

als bloßen Mandatsträger, als Abgeordneten oder als Techniker der Macht. Das Persönliche ragt plötzlich in den politischen Alltag hinein; dazu zählen der persönliche Geschmack ebenso wie kleine Missgeschicke und größere Peinlichkeiten. Auf der institutionellen Ebene findet die Inszenierung von Politik ihren Ausdruck in der »politischen Topographie« (S. 9), gleichsam in der Beschreibung des politischen Geländes. Dieses Geländereief wird einerseits sichtbar durch das Inventar der Demokratie (wie Sitzordnung im Parlament oder die Bedeutung der Wahlurne) und andererseits durch informelle Regeln (wie Abläufe bei Ausschusssitzungen oder bei internationalen Gipfeltreffen).

Philip Manow präsentiert mit dem vorliegenden Band ein Wörterbuch der Nebensächlichkeiten, das insgesamt einunddreißig Einträge in alphabetischer Ordnung versammelt. Die jeweiligen Überschriften lesen sich teilweise genauso kryptisch und arkan wie die Phänomene selbst, die sich dahinter verbergen. Manow formuliert seine Herangehensweise so: »Willst du die Demokratie – oder zumindest ganz wesentliche ihrer Aspekte – verstehen, schau auf ihre Alltagspraxis, nicht auf ihre Theorie« (S. 9). Anhand dieser Nebensächlichkeiten illustriert Manow die »Betriebsseite des politischen Alltags« (S. 8), die zwischen verfahrensmäßiger und institutionell-organisatorischer Ordnung liegt. Politische Inhalte bleiben in den meisten Fällen unsichtbar. Erst ihre Darstellung gibt ihnen Ausstrahlung, Wirkkraft und führt zu öffentlicher Wahrnehmbarkeit. Gerade diese »Ökonomie der Darstellung« (S. 7) materialisiert sich in den scheinbar unwichtigen und banalen Geschehnissen abseits der offiziellen Politik.

Es besteht ein eigentümliches Interesse der Öffentlichkeit an den Wohnwelten von Politikern. Öffnen sie ihre Türen, entstehen meist publikumswirksame Berichte, die als *home stories* vermarktet werden. Manow blickt hier auf Christian Wulffs Privathaus, um die »Ästhetik des Mittelmaßes, die unsere Demokratie dominiert« (S. 23), zu veranschaulichen. Neben der Frage, was das Haus über den ehemaligen Bundespräsidenten aussagt, stellt sich spiegelbildlich die Frage, was es über uns aussagt, »über die Demokratie und ihre medialen Verwertungszwänge, über jene geschmacksprägende Kraft des Medianwählers [...]« (S. 24). Gut möglich, dass der Be-

obachter am Ende enttäuscht zurückbleibt, wenn er merkt, dass Politiker vielfach in durchschnittlicher Umgebung wohnen und sich nicht hinter hohen Hecken und elektrisch betriebenen Rolltoren verbergen.

Unter dem Stichwort »Chlorhühnchen« wird deutlich, welche politische Bedeutung im Essen und in der Demonstration kulinarischer Genüsse allgemein zum Ausdruck kommt. Gerhard Schröder, der seinen Urlaub in Italien verbrachte und seine Vorliebe für dortigen Rotwein bekundete, inspirierte zu dem Begriff der Toskana-Fraktion. Jahre später stellte der sozialdemokratische Kanzlerkandidat, Peer Steinbrück, einen Zusammenhang zwischen Qualität und Preis bestimmter Weißweinsorten her. Das Rezept, das es zu befolgen gilt, ist simpel: Einfache Küche mit Hausmannskost suggeriert Volksnähe. »In der Demokratie lässt sich keine Karriere auf Extravaganz gründen« (S. 29). Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber ließ sich beim politischen Aschermittwoch Kamillentee als »Bierimitat« (S. 79) in seinen Maßkrug füllen. Für Manow steht fest: »Politik ist zu einer ausgesprochen nüchternen Angelegenheit geworden« (S. 85).

Die Methode demonstrativer Durchschnittlichkeit kann dem Politiker helfen, Nähe zum Volk, also zum Wähler herzustellen. Diese Durchschnittlichkeit erstreckt sich auch auf modische Aspekte, einschließlich gelegentlicher stilistischer Sündenfälle. Dereinst wirkten Schloss und Hof »als modisches Avantgardezentrum«; heute verwandelt sich der Politiker der Menge an – oder suggeriert diese Annäherung durch modische Anverwandlung mit Spekulation auf einen politischen Gewinn aus inszenierter Nähe« (S. 54).

Die politische Rede bietet den Ur-Grund an Metaphorik, Symbolik und Zeichenhaftigkeit. Im Subtext des gesprochenen Wortes schwingt nicht nur die Frage mit, welche Worte der Redner wählt, an welchem Ort er spricht oder welche rhetorischen Kronzeugen er in Form von Zitaten bemüht; auffallen soll auch stets die gestische Verstärkung seiner Rede. Heute steht politisches Sprechen jedoch »unter den Bedingungen seiner unendlichen technischen Reproduzierbarkeit und medialen Dauerpräsenz« (S. 112). Das einmal Gesagte kann elektronisch jederzeit wieder aufgerufen werden. »Nichts hieran ist deliberativ, alles appellativ, Basta-Modus, und die politischen For-

meln, einmal in den medialen Echoraum hinein gesprochen, können bis in alle Ewigkeit nachhallen« (S. 193). Wo das Publikum – gerade bei Politikerinterviews – auf das spontane Wort, das Unerwartete und den Lapsus hofft, liefert der Politiker »die barrierefreie Rede« (S. 108) und versteckt sich immer mehr »hinter Standardfloskeln« (S. 116).

Wenn sich der demokratische Staat architektonisch in Szene setzt, dominiert der Imperativ von Offenheit und Durchsichtigkeit. Die abweisen den Mauern von einst sind »abgelöst durch den immer gleichen architektonischen Transparenzkitsch: Chrom, Stahl und Glas, Glas, Glas, ganz viel Glas« (S. 182). Helle, transparente Regierungsgebäude versinnbildlichen, dass die Zeiten der dunklen, raucherfüllten Hinterzimmerpolitik der Vergangenheit angehören. Hier soll sich ein »Enthüllungsversprechen« (S. 184) einlösen; Politik findet nicht mehr im Verborgenen statt, sondern im Licht der demokratischen Öffentlichkeit. Gelegentlich kann diese Symbolik etwas Überschießendes an sich haben: Betritt der Bürger die gläserne Reichstagskuppel und blickt hinab ins Bundestagsplenum, kann sich ebenso gut der Eindruck »einer parlamentarischen Käfighaltung« (S. 185) einstellen.

Geradezu akribisch und mit dem Gestus des meisterhaften Beobachters trägt Philip Manow eine Fülle politischer Nebensächlichkeiten zusammen. Viele Begegnungen und Begebenheiten, die längst schon in die Lehmschichten der Zeitgeschichte hinabgesickert schienen, werden noch einmal lebendig (Wer erinnert sich noch an Gerhard Schröders Spitznamen »Acker« (S. 143) als jugendlicher Fußballspieler oder an die Verballhornung des Politikernamens in »Karl Lauterkrach« (S. 240)?) Darin liegt auch etwas Unterhaltsames. Doch Manow hat sein Material in ernsthafter Absicht zusammengetragen und strukturiert: Unser weitverbreitetes Verständnis von Politik, so argumentiert er, sei bestimmt durch »das weitgehende Desinteresse an ihren prozeduralen, praktischen Seiten einerseits und [durch] das Fehlen einer angemessenen Reflexion über »die dargestellte Wirklichkeit der Politik andererseits« (S. 7).

Die von Manow als Nebensächlichkeiten qualifizierten Erscheinungsformen des Politikalltags schaffen demokratische Legitimation. Auf der individuellen Ebene steht der demokratisch ge-

wählte Repräsentant und verströmt Nähe und ein menschliches Gepräge. Die institutionelle Ebene zeigt, dass die Requisiten der Macht nicht bloße Folklore darstellen, sondern dass gerade in ihrer Zeichenhaftigkeit ein sichtbarer Ausdruck demokratischer Regierungstechnik liegt. Unsere politische Ordnung kennt eine Fülle sublimer und offenkundiger Symbole, die weit über die Vorstellung reicht, eine Demokratie sei lediglich »als Stuhlkreis möbliert« (S. 8). Manows Buch bietet einen umfassenden Streifzug durch das Inventar der Demokratie und zeigt nicht weniger als seine Bedeutung für unser alltägliches Verständnis von Politik.

Helge F. Jani

Reinhard MEHRING: Carl Schmitt: Denker im Widerstreit. Werk – Wirkung – Aktualität, Freiburg: Karl Alber 2017, 412 S., geb., € 39,00

Der Heidelberger Politikwissenschaftler Reinhard Mehring veröffentlichte zahlreiche Studien zum Werk und zur Wirkungsgeschichte des kontrovers diskutierten Juristen Carl Schmitt. Dessen Schriften, mehr noch dessen Gestalt evozierten vielfach interdisziplinär entschlossenen Widerspruch, aber niemals Gleichgültigkeit. Die Rezeptionsgeschichte der letzten Jahrzehnte zeigt, dass Schmitts Denken politikwissenschaftliche, politische, juristische und auch philosophische sowie theologische Diskurse in Deutschland erheblich mitbestimmt hat.

Mehring's Arbeiten, die in diesem Band versammelt sind, sorgen zwar in erster Linie für ein historisch-kontextorientiertes Verständnis des umstrittenen Denkers. Gleichwohl werden im Schlussteil des Buches mögliche Aktualisierungsmöglichkeiten mit Bezug auf Schmitt vorgestellt und diskutiert. Neuere politische Entwicklungen werden von Mehring zumindest umrisshaft skizziert oder pointiert angedeutet. Zu erwägen ist, ob im zeitgenössischen Rechtspopulismus, zumal in einer Zeit, in der durch »selektive Rezeptionen«, die der Denker akzeptiert hätte, eine forciert betriebene oder auch unabsehlich erfolgende Einbettung von dessen Theoremen in eine neue Kontexte erfolgt und ob Schmitts »Worte als Waffen« (S. 384) genutzt werden könnten. Mehring bezeichnet bestimmte Erscheinungsformen der Gegenwart in Europa als »Erosionen

des Normalzustands« (S. 377), mithin also als politische Zustände, die einem, lapidar gesagt, schneidig formulierenden Denker wie Schmitt den Raum böten, um die von ihm vorgebrachten Unterscheidungen, Begriffe und Positionen neu ins Gespräch zu bringen. Geschehen könnte dies profiliert, energisch und enigmatisch, vielleicht auch sibyllinisch und theatralisch. Die Lektüre der einschlägigen Arbeiten Schmitts zeigt die polemischen Talente, die zumindest veranschaulichen, dass der Theoretiker der Souveränität selbst nur bedingt souverän auftrat. Er operierte, von Ressentiments bestimmt, mit »Rechtfertigungsstrategien«, versuchte eine »Sinnggebung des Nationalsozialismus« zu kreieren, strebte karrieristisch danach, mitunter auch auf undurchsichtige Weise, im NS-Staat Einfluss zu gewinnen – und dennoch, so Mehring, bleibt doch die Frage unbeantwortet, »welchen Souveränitätskern er eigentlich verteidigte« (S. 82). Ungeachtet von späteren Selbststilisierungen und analytisch zutreffenden Analysen, etwa in Bezug auf die eklatanten Schwachstellen der Anthropologie Arnold Gehlens, dessen biedereren, biologistisch argumentierenden Rechtsintellektualismus Schmitt nicht ernsthaft erwägen wollte, zeigen sich zwar vielfältige Einflüsse des Plettenberger Denkers auf einzelne Zeitgenossen. Die Konturen des Schmittschen Denkens weisen jedoch, trotz argumentativer Zuspitzungen, rhetorisch versiert dargebracht, in systematischer Hinsicht beträchtliche Unschärfen auf.

Reinhard Mehring veranschaulicht die Verflechtungen Schmitts mit der neueren politischen Theorie, ebenso die Faszinationskraft, welche die Gestalt des Denkers ausübte. Zu Schmitts Persönlichkeit gäbe es höchstens in der deutschen Literatur eine partiell adäquate Entsprechung – man denke etwa an Stefan George und dessen Zirkel.

Der als »herausragender Hobbes-Forscher« geltende Schmitt betrieb möglicherweise nur eine Spielart der gegenwärtig höchst beliebt gewordenen analytischen Philosophie, anders gesagt: analytisch scharfsinnig argumentierend kümmern den Juristen die Kontexte der Autoren, auf die er sich bezieht, höchstens beiläufig. Er versucht nicht, politische Denker, wie Hobbes, zu verstehen, aber er versteht sich darauf, Begriffe und Positionen zu formulieren und Denkgebäude diskret zu dekonstruieren, indem er schlicht Ar-

gumente extrapoliert, sich aneignet und auf die politische Situation der Gegenwart bezieht. So mag zwar auch die mit ihm verbundene Freund-Feind-Unterscheidung in der Politik verschiedentlich als geschichtslos korrekt beurteilt werden. Dieses Schema macht aber eher die durchaus absichtlich betriebene, selbstbewusst vorgebrachte Einseitigkeit seiner Darstellungsweise deutlich. Vergleichbar ist dies mit dem methodischen Vorgehen eines analytischen Denkers heute, der zugestehen würde, dass er nur Argumente darlegen wollte, die zwar einem historischen Kontext entstammten, aber dass er nicht als Historiker spräche, sondern als Philosoph. Denkweisen jeder Art bleiben jedoch kontextgebunden, selbst wenn der Kontext relativiert oder ignoriert wird.

Mehring zeigt die »mythopolitische Rezeption des Leviathan-Symbols« (S. 225). Schmitt bleibt unbekümmert über wissenschaftliche Diskurse und entwickelt eigenständige, auch eigenartige Überlegungen, mit anderen Worten: Er betreibt oft eine gegenstandslose Reflexion, in der die theoretische Zuspitzung gekonnt inszeniert wird, aber die Verhältnismäßigkeit der Aktualisierungsversuche nicht gewahrt bleiben kann. Schmitt tritt auf als moderner oder postmoderner Sophist, der etwa billig gegen Adorno polemisiert, mit einem Schmähdgedicht, das Mehring als »Hexenmeisterstück antisemitischer Häme« bezeichnet. Die feindselige Spottlust des Denkers offenbart Abgründe. Schmitt tituliert den Theoretiker der Frankfurter Schule als »Riesenzwerg« mit »großer medialer Allpräsenz« und bezeichnet ihn als »Oberteufel« im »Club der Kakerlaken« (S. 262). Dieses Gedicht ließe sich nicht nur als antisemitisches, hasserfülltes Manifest begreifen, sondern zugleich als veritable stilistische Entgleisung verstehen. Abgesehen vom giftig-bösartigen Leitton legt der als vermeintlicher Sprachkünstler verehrte Schmitt ganz einfach auch in formaler Hinsicht ein höchst misslungenes Gedicht vor.

Die Grenzen des politischen Theoretikers zeigt Mehring anschaulich, wenn er »Schmitts spitze Deutung Goethes als Mitläufer« (S. 340) darlegt, in ständiger Rücksicht auf sich selbst anscheinend von diesem betrieben. Die »Parallelisierung zwischen der Konstellation Napoleon-Goethe und Hitler-Schmitt« (S. 342) und »präfigurative Spiegelung« habe etwa Hans Blumenberg – bemerkenswert, vielleicht sogar aufschlussreich – übersehen.

Ob Schmitts Denken aktuelle Bezüge aufweise, darüber denkt Mehring resümierend nach, wenn er die Lage im Mittleren und Nahen Osten knapp skizziert. Er schreibt, Schmitt sei sogar »verflucht aktuell«, zumindest in Hinsicht auf die »dramatischen Szenarien von Ausnahmezustand und Bürgerkrieg« (S. 405). Ob ein Nahost-Experte wie Peter Scholl-Latour das auch so gesehen hätte? Der reichhaltige Band von Reinhard Mehring liefert einen substanzvoll wertvollen Überblick zu Carl Schmitt und dessen Werk. Inwieweit der einflussreiche Denker als analytischer Philosoph des Politischen angesehen und verstanden werden könnte, sollte in nächster Zeit vielleicht politiktheoretisch untersucht und philosophisch reflektiert werden.

Thorsten Paprotny

Franziska MEIFORT: Ralf Dahrendorf. Eine Biographie, München: C. H. Beck 2017, 477 S., € 38,00.

Während der letzten Jahrzehnte hat sich im deutschen Sprachraum das Interesse, über »Leben und Werk von Intellektuellen« zu forschen, verstärkt. Als Fallbeispiele seien genannt die Studien Jan Eckel: »Hans Rothfels – eine intellektuelle Biographie« (2005); Stephan Schlak: »Wilhelm Hennis – Szenen einer Ideengeschichte« (2008) u. a. Bei Ralf Dahrendorf, dem Franziska Meifort ihre hier anzuzeigende Biographie gewidmet hat, handelt es sich um einen Soziologen, der nicht nur auf seinem Fachgebiet, sondern weit darüber hinaus in zahlreichen Rollen auf die deutsche und englische Gesellschaft inspirierend gewirkt hat. Sei es als Soziologieprofessor, Gründungsmitglied der Reformuniversität Konstanz, Politikberater und Bildungsreformer, FDP-Politiker, Bundestagsabgeordneter, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, EG-Kommissar, Direktor der London School of Economics and Political Science, Lord und Mitglied des britischen Oberhauses oder als Journalist. Diese Phasen eines außergewöhnlichen Lebens nachzuzeichnen und zu bewerten hat sich Franziska Meifort in ihrer Berliner Dissertation zur Aufgabe gestellt und zu einem vorläufigen, aber gekonnten Abschluss gebracht.

Meiforts biographische Leitlinien sind u. a. Dahrendorfs Lebenserinnerungen *Über Grenzen*

und die unveröffentlichte englische Autobiographie. Dahrendorfs Autobiographie endet mit dem Jahr 1957. Warum? Mit seinem 29. Geburtstag habe seine Lebenskraft ihren »reinsten Ausdruck« gefunden, schreibt er. Um eine umfassende Biographie zustande zu bringen, war daher die Auswertung von Dahrendorfs Nachlass im Bundesarchiv, eine Reihe anderer Archivbestände, Zeitzeugengespräche und die veröffentlichten Schriften von und über Ralf Dahrendorf erforderlich. Auf dieser Grundlage zeichnet Franziska Meifort das reichhaltige Leben Dahrendorfs mit seinen markanten Stationen nach.

Ralf Dahrendorf wurde am 1. Mai 1929 als Sohn des SPD-Reichstagsabgeordneten Gustav Dahrendorf in Hamburg geboren. Der Vater war für ihn Vorbild und Mentor.

Sein Studium begann er an der Universität Hamburg. 1952 promovierte er dort zum Dr. phil. mit der Arbeit *Der Begriff des Gerechten im Denken von Karl Marx*. Von 1952–1954 absolvierte er ein Postgraduierten-Studium der Soziologie an der London School of Economics and Political Science (LSE).

Nach seinem Londoner Studienabschluss bot sich für Dahrendorf am Frankfurter Institut für Sozialforschung, geleitet von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, eine Assistentenstelle an. Da Dahrendorf seine wissenschaftliche Karriere von Beginn an mit großer Zielstrebigkeit verfolgte, erschien die Frankfurter Stelle durchaus als nächste Stufe. Doch schnell stellte sich heraus, dass er als Assistent in die laufenden Forschungsarbeiten eingebunden sein sollte. Daher war eine schnelle Habilitation – wie von ihm geplant – nicht möglich. Nach nur einem Monat tat er »das Unerhörte« und kündigte die Stelle. Franziska Meifort bringt es an dieser Stelle auf den Punkt: »Die Forschungsideen anderer umzusetzen, war schon als junger Assistent nicht Dahrendorfs Sache« (S. 62). Mit anderen Worten: Er strebte nach der wissenschaftlichen Freiheit und wollte kein Dienstleister sein.

Die von ihm angestrebte schnelle Habilitation sollte ihm mit seiner Schrift *Soziale Klassen und Klassenkonflikte in der industriellen Gesellschaft* bald gelingen. 1957 verlieh ihm die Universität des Saarlandes die *Venia legendi* und bereits 1958 wurde er Professor für Soziologie an der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg. Von dort wurde er im Jahre 1960 an die Universität Tübingen

gen berufen. Hier schrieb er seinen Klassiker über Konflikttheorie: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* (1965). Nach seinen Stationen Hamburg und Saarbrücken konnte sich Dahrendorf mit seiner Berufung nach Tübingen in den hohen Kreisen der Ordinarien angekommen fühlen (S. 100).

Während der »Tübinger Hochzeit seiner Forschungen« zeichnete sich bereits die nächste Berufung ab. Im Jahr 1964 berief Ministerpräsident Kurt-Georg Kiesinger Dahrendorf und den Politikwissenschaftler Waldemar Besson in den Gründungsausschuss für die Universität Konstanz. Sie und andere folgten dem Ruf, um den damals anspruchsvollen Versuch einer Universitätsneugründung zu verwirklichen. Dahrendorf und Besson waren in den Anfangsjahren zwei Aushängeschilder der Konstanzer Universität. Mit der Gründung haftete der Hochschule Dahrendorfs Wort vom »Klein-Harvard am Bodensee« an, dass es mit dem Etikett »Forschungsuniversität« zu realisieren galt. Doch von Anfang an erwiesen sich Dahrendorfs hohe Ziele – die Sozialwissenschaften sollten u. a. die Mitte der Universität und Bezugspunkt für die anderen Fakultäten sein – als Illusion. Des Weiteren stellte sich die übergeordnete Frage, ob Konstanz aufgrund seiner peripheren Lage als Universitätsstandort richtig gewählt worden war.

Da sich Dahrendorfs Reformvorstellungen an der Universität nicht recht realisieren ließen, nahm sein außeruniversitäres Engagement zu. Schon bald zog es den Konstanzer Soziologieprofessor als sogenannten »politischer Senkrechstarter« zunächst in den baden-württembergischen Landtag, dann in den Deutschen Bundestag. Er wurde Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt und EG-Kommissar. Über die politischen Mandate und Ämter hoffte Dahrendorf größeren gesellschaftlichen und politischen Einfluss zu gewinnen. Doch all diese Positionen in der aktiven Politik waren für ihn am Ende unbefriedigend. Im Jahre 1974 erhielt er das Angebot, Direktor der LSE zu werden und kehrte als EG-Kommissar Brüssel den Rücken. Damit wechselte er wieder in die akademische Sphäre. Die Jahre als Direktor der London School of Economics and Political Science (1974–1984 bzw. 1987) gehörten in Dahrendorfs Leben zu seinen Höhepunkten. Später resümierte er: »*I shall forever love LSE!*«

Was Dahrendorfs Position zur Deutschland- und Europa-Politik und westlichen Wertegemeinschaft betrifft, so war er zwar ein Befürworter des europäischen Einigungsprozesses; doch grundsätzlich war er der Überzeugung, dass die Umsetzung von Demokratie, Wirtschaftsordnung und Bürgerrechten einstweilen nur im nationalstaatlichen Rahmen möglich ist (S. 197, 262, 312). Auch warnte Dahrendorf vor dem Versuch, Europa (EG/EU) als Gegenpol zu den USA etablieren zu wollen. Für ihn waren die USA und Europa nur gemeinsam als Bezugsraum der Werte des Westens denkbar und wirkungsmächtig (S. 197, 313). Mit dieser Haltung nahm er zugleich in wesentlichen Teilen die britische Position zur EG/EU ein. Aber auch sein Mitstreiter und Freund Waldemar Besson wollte die deutsche Mitgliedschaft in einer Europäischen Gemeinschaft »undogmatisch« verstanden wissen. Dahrendorf würdigte Besson, der bereits 1971 starb, am 9. Juni 1975 in einer »Besson-Gedächtnis-Vorlesung« zum Thema »Die Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland« mit den Worten: »Waldemar Besson sah sein Werk über die deutsche Außenpolitik gleichsam als die andere, nach außen gekehrte Seite meiner eigenen Studie über »Gesellschaft und Demokratie in Deutschland«. Damit wollte Dahrendorf die beiden Positionen im Hinblick auf die Staatsräson der Bundesrepublik komplementär bewertet wissen. Auf diese Schrift der Konstanzer Universitätsreden geht Meifort in ihrem Werk leider nicht ein!

Fazit: Ralf Dahrendorfs wissenschaftliche Standorte wechselten ständig zwischen Deutschland, England und den USA. Im politischen Diskurs der alten Bundesrepublik war er früh eine Autorität. Sein Einfluss auf die soziologischen Debatten war enorm, weil er ihr internationale Impulse gab. Dahrendorfs Einstieg in die Politik war im Popper'schen Sinne »trial and error« – ein Experiment, mit dem er testete, ob er als Politiker noch größeren gesellschaftsverändernden Einfluss ausüben konnte als zuvor als unabhängiger Publizist und Politikberater (S. 198). Der wichtigste Ort in Dahrendorfs beruflichem Leben war sicherlich die London School of Economics and Political Science, an der er Anfang der 1950er-Jahre studierte und deren Direktor er 1974 wurde. Aber seine Bezüge zu Deutschland hatte er nie verloren.

Als Ralf Dahrendorf am 17. Juni 2009 in Köln starb, verabschiedeten sich die Medien und die

Wirkungsstätten, bei denen er tätig war, mit einem Nachruf auf eine »Epochengestalt des Liberalismus«. Weit darüber hinaus hat Franziska Meifort mit ihrer ausgezeichneten Dissertation ein Zeichen gesetzt, das bei der Erforschung von »Leben und Werk« anderer Intellektueller als Maßstab dienen kann.

Heinz Brill

Jürgen NEFFE, *Marx. Der Unvollendete, München: C. Bertelsmann 2017, 656 S., € 28,00*

Marx ist »in«. Doch eigentlich weiß man nicht so genau warum. Zwar ballen sich gerade beim Thema Marx die Feiertage: Vor 150 Jahren erschien sein Hauptwerk *Das Kapital*, genauer Band 1, der jedoch auch der einzige blieb, den Marx selber publizierte. Im November 2017 jährte sich die Oktoberrevolution zum hundertsten Mal und im Mai 2018 ist Marx zweihundertster Geburtstag. Andererseits befindet sich die Linke weltweit nicht gerade auf dem Vormarsch, im Gegenteil: es ist eher die Rechte.

Angesichts der Finanzkrise nach 2008 haben in letzter Zeit linke Intellektuelle Marx als Propheten wiederentdeckt, der die jüngsten Entwicklungen des Kapitalismus vorausgesehen hätte. Damit ist freilich seit längerem der slowenische Philosoph Slavoj Žižek unterwegs. In den letzten Jahren war es vor allem der britische Fernsehjournalist Paul Mason, der in seinem Buch *Postkapitalismus* dem Kapitalismus den baldigen Untergang prophezeit, was Marx genau in dieser Form in den Grundrissen zur Kritik der politischen Ökonomie bereits vorausgesehen hätte.

In diese Perspektive reiht sich auch die Marx-Biographie von Jürgen Neffe ein, Journalist und Autor von erfolgreichen Biographien über Darwin und Einstein. Auch er attestiert Marx seherische Gaben. Gerade die gegenwärtige Entwicklung des Kapitalismus, die durch massive Globalisierung und eine Dominanz der Finanzmärkte gekennzeichnet ist, lasse sich mit Marx erklären. Ob der Untergang bevorsteht, da ist sich Neffe nicht so sicher wie Mason.

Die aktualisierenden Passagen sollen wohl den Leser animieren, wirken aber andererseits denn doch etwas gekünstelt. Marx beschreibt zwar sicherlich richtig die wiederkehrenden Krisen des

Kapitalismus. Aber dass man mit ihm die Finanzkrise erklären kann, dazu muss man dann doch recht weit ausholen. Seine Untergangsprophetie ist allerdings nicht eingetreten. Und der Sozialismus, den man ausprobierte, entwickelte nicht die menschlichen Züge, auf die Marx hoffte. Das sieht Neffe auch so.

Neffe verteidigt dabei die Arbeitswertlehre, nach der nur lebendige Arbeit ökonomische Werte schaffe, eine zentrale Idee von Marx, die selbstredend jedenfalls nicht stimmt. Sehr viele Tauschwerte entstehen manchmal durch höchstens geringe unmittelbare Beteiligung durch lebendige Arbeit. Der Zweifel an der Arbeitswertlehre hätte indes weniger Konsequenzen für das Untergangsszenario, das Mason beispielsweise mit diversen Problemen wie der Demographie, der Ökologie und der Migration verbindet, als vielmehr für die danach entstehende und vom Proletariat beherrschte neue sozialistische Ökonomie. Wenn nicht nur der Arbeiter Werte herstellt, dann sind die Arbeiter auch ökonomisch nicht so mächtig.

Neffe schildert Marx vor allem als einen visionären Philosophen, dessen Theorie freundliche Züge aufweist. Dazu verbindet er die Frühschriften von Marx, in denen sich die Entfremdung des Arbeiters auch der Arbeitsweise verdankt, mit seinem Hauptwerk *Das Kapital*, in dem nur die Ausbeutung den Arbeiter entfremdet. So einfach lässt sich Marx indes nicht vom Sowjetmarxismus reinwaschen. Die Biographie glänzt vor allem mit einer gelungenen Darstellung von *Das Kapital*. Dass es sich dabei jedoch um ein auch literarisches Meisterwerk handelt, kann man auch anders sehen. Andererseits stützt sich Neffe immer noch auf die marxsche Geschichtsphilosophie, die als Kind des 19. Jahrhunderts heute wirklich nicht mehr als eine Interpretation von vielen ist. Dass nach einem Ende der Herrschaft der Bourgeoisie wirklich die Herrschaft des Proletariats anbricht, das erscheint schon deshalb ausgeschlossen, weil es das Proletariat des 19. Jahrhunderts nicht mehr gibt.

Den humanistischen und visionären Denker kontrastiert die Biographie mit ausufernden Schwächen der Persönlichkeit von Marx, der politische Mitstreiter geschickt ausbotet und der über deren Aktivitäten häufig ungerecht urteilt. Familiär verkörpert er einen egozentrischen Patriarchen, der durch eine katastrophale Haus-

haltsführung seine Familie zeitweise in brutale Armut stürzt. Der Verfechter ordentlicher Familienverhältnisse kritisiert seinen Freund und Unterstützer Friedrich Engels ob dessen eheloser Beziehung mit einer nicht standesgemäßen Arbeiterin. Marx schwängert das Hausmädchen, das trotzdem bleibt, während der uneheliche Sohn weggegeben werden muss. Seine adlige Frau und seine vier Töchter dienen ihm als Sekretärinnen, die seine Klaua abschreiben müssen.

Die Biographie glänzt mit dramatischen Schwänken aus dem Leben, die auch gut verteilt die theoretischen Darstellungen unterbrechen und das Buch durchaus zu einem Lesevergnügen machen. Doch bei seinem primären Anliegen, Marx zu einem humanistischen und visionären Philosophen zu erheben, den die Sowjets nur missbrauchten, macht es sich Neffe zu einfach. Die humanistischen Gedanken des Frühwerks kehren im Hauptwerk gerade nicht wieder, so dass sich letzteres eben doch als ideologische Grundlage einer totalitären Zentralverwaltungswirtschaft verwenden lässt. Man muss doch den frühen vom späteren Marx unterscheiden.

Hans-Martin Schönherr-Mann

David VAN REYBROUCK: Für einen anderen Populismus. Ein Plädoyer, Göttingen: Wallstein Verlag 2017, 95 S., € 12,90

Kaum ein Schimpfwort hat die zurückliegende Bundestagswahl so geprägt wie das des »Populisten«. Der Finanzminister warf dem SPD-Kandidaten populistische Parolen vor, den bayerischen Ministerpräsidenten und die Funktionäre der AfD treffen die Vorwürfe aus Gewohnheit. Bereits neun Jahre zuvor beschrieb der niederländische Historiker, Ethnologe, Archäologe und Schriftsteller David Van Reybrouck den Begriff als Schlüsselkonzept moderner Politik. Einerseits bezeichne er eine Rhetorik, die Massen mit leeren Versprechungen um den Finger zu wickeln, andererseits stehe er für einen anti-elitären Inhalt, der vermeintlich als einziger den Willen des (homogenen) Volkes aufnehme. Antidemokratisch und antiparlamentarisch geriere sich dieser »dunkle Populismus« (S. 22). Er sei jedoch nur das Symptom einer tieferliegenden »Krankheit« (S. 23).

Van Reybroucks Analyse beginnt mit Selbstkritik am Badestrand: »Junge Leute in den Dreißigern waren wir. Alle hatten wir an der Universität studiert [...]. Über Migranten machen wir keine Witze, aber mit großem Vergnügen begafften wir die Prozession der Provinzler und amüsierten uns köstlich dabei« (S. 16). Die »wachsende Kulturkluft« (S. 24) zwischen denjenigen, die lachen, und denjenigen, die belacht werden, sei Grundlage des Populismus. Den »neuen großen Unterschied« (S. 12) macht der Autor zwischen Gering- und Hochqualifizierten aus: Die einen konnten »nach Beendigung ihrer [Sekundar-]Schulzeit weiterlernen [...], innerhalb oder außerhalb der Universität« (S. 26). Ob mit dieser vagen Formulierung ausschließlich Akademiker gemeint sind – wie es der weitere Text nahelegt – oder eine andere Form von Weiterbildung inbegriffen ist, bleibt offen. So vielfältig die Gruppen im Hinblick auf ihren sozioökonomischen Status sein können, so sehr hängen sie doch den gleichen politischen und kulturellen Vorstellungen an: hochqualifizierte Multikulturalisten und generöse Linke auf der einen und geringqualifizierte Rassisten der engstirnigen Rechten auf der anderen Seite. Der unterschiedliche Bildungsgrad führe zu unterschiedlichen Ausprägungen ethnozentrischer Ansichten und zu gänzlich anderen Lebensstilen.

Obwohl der Autor die Geringqualifizierten von der sozioökonomischen Zuordnung lösen möchte, baut er seine Argumentation wesentlich auf der Figur des von der Globalisierung in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiters auf, der sich in populistischen Forderungen zu Migration und Integration wiedererkennt. Ein geringqualifizierter Fußballstar oder Popmusiker – er bezieht diese ausdrücklich ein – passt schwer in dieses Schema. Die größere Schwäche des Plädoyers liegt jedoch in der ungenügenden Analyse des Bildungssystems: Technischen und Berufsschulen unterstellt er grundsätzlich »ein Gefühl der Benachteiligung und Ungleichheit« (S. 58) im Vergleich zu allgemeinbildenden Sekundarschulen. Durch die Schulform sei schon vor der Wahlberechtigung das Wahlverhalten festgeschrieben. Wenn die Schulwahl für ihn eine derart gravierende Entscheidung ist, wäre es zielführend, mehr über das Zuteilungsmuster zu erfahren – zumal dieses nicht zwangsläufig auf sozioökonomische oder kognitive Unterschiede zurückgehe, sondern auf

einen »Unterschied im Weltbild« (S. 58). Warum schicken Geringqualifizierte ihre Kinder seltener auf höherbildende Schulen und wie kann diese soziale Verzerrung beseitigt werden? Außer ein paar anheimelnden Geschichten über die Sonnenstudio-Besitzerin Tanja erfährt der Leser wenig. An diesem Beispiel wird noch eine weitere Unzulänglichkeit sichtbar: Der Autor bleibt eine Erklärung schuldig, warum geringqualifizierte Frauen im Vergleich mit geringqualifizierten Männern signifikant seltener Populisten wählen.

Die zurückgehende Repräsentation von Geringqualifizierten in der »Diplomdemokratie« (S. 32) sei ebenso Nährboden für Populismus: Erstens erringen Nichtakademiker deutlich seltener Mandate, und zweitens seien sie gesellschaftspolitisch seltener aktiv und in vielen Fällen benachteiligt. Die Gründe hierfür lägen in der mangelnden Organisation: In der Wissensgesellschaft empfänden sie ihre Benachteiligung nicht als kollektive Ungleichheit, sondern als individuellen Makel. Auch die linken Parteien böten den emanzipierten Arbeitern von heute keine politische Heimstatt mehr, jene wenden sich lieber der neuen, prekären Gruppe der Migranten zu und besiegelten damit die Trennung von Elite und einheimischen Proletariat. Die Geringqualifizierten nicht weiter aus dem politischen Prozess auszugrenzen ist damit nicht nur ein moralisch nobles, sondern vor allem im Hinblick auf die Legitimität in der pluralistischen Gesellschaft bitter nötiges Ziel. Statt den Führern populistischer Parteien zu widersprechen, brauche es eine »wirkliche Bürgerbeteiligung« (S. 13) – nicht nur »primitive Instrumente« (S. 13) wie Wahlen und Volksabstimmungen.

Van Reybrouck fordert, Geringqualifizierte auf die Wahllisten zu setzen, da es keinerlei Grund gebe, dass sie der Arbeit nicht gewachsen seien. Er scheint dem eigenen Ratschlag nicht zu vertrauen, wenn er postwendend einschränkt: »Man hüte sich nur davor, Geringqualifizierte mit wenig parlamentarischer Erfahrung allzu schnell in die Regierung zu katapultieren« (S. 45). Auch im Vorwurf, die Parteivorsitzenden würden »nur redewandte und oft good-looking Diplomierte« (S. 45) aufstellen, beißt sich die Katze in den Schwanz, denn wenig später räumt van Reybrouck ein, dass Geringqualifizierte ihrerseits nicht wählen. Es wäre wünschenswert, hätte der Autor für dieses Phänomen nach

einer Erklärung gesucht und einen detaillierteren Blick auf die parteiinternen Rekrutierungsmechanismen geworfen. Wie die stärkere Einbindung in den politischen Prozess gelingen kann, bleibt offen. Gegen die zunehmende Spaltung der Gruppen – der Autor nimmt die zurückgehende Zahl der »gemischten« Ehen zum Anhaltspunkt – wünscht er sich mehr Begegnungen. Außer Stadteilfesten, Grillpartys und der Jugendarbeit will ihm nichts einfallen und selbst in diesen Ansätzen erkennt er die Crux: Die Kultur der Unzufriedenheit sei immer verlockender. Ebenso überraschend detail- wie zahnlos fordert er eine »solide Bildung« (S. 67) von der Grundschule bis in die Erwachsenenbildung, ohne auf konkrete Ideen – etwa längeres gemeinsames Lernen – oder die Kluft zwischen privaten und staatlichen Schulen einzugehen.

In der Angst der Elite vor »dem anschwellenden Strom von Populisten, die die geliebten Ideale mit Füßen treten« (S. 73), zeige sich auch, dass die Probleme einer dringenden Lösung harren. Sie stehe vor der Wahl, eigene Werte zu schützen – das politische System eher auf den Output zu richten – oder die neutralen Rechtsstaatsprinzipien aufrechtzuerhalten – den Input stärker in den Blick zu nehmen. Die Diplomdemokratie werde darin zum Vorboden einer »Postdemokratie« (S. 74), in der die Eliten ihre Gemeinwohlvorstellung durchsetzten – zur Not auch gegen das Interesse der Bürger. Deutliche Parallelen zu dieser Besorgnis sind in Deutschland beobachtbar, wo nach der Wahl gewetteifert wird, in welcher Partei die AfD ihren entschiedensten Gegner findet und wo um Geschäftsordnungen gerungen wird, dass kein Politiker der Partei als ältester die konstituierende Sitzung leiten kann. Bei aller Kritik muss dem gut zehn Jahre alten Text zugutegehalten werden, dass er in diesem Punkt erstaunlich aktuell ist.

Van Reybroucks Plädoyer wartet mit unangenehm vielen inhaltlichen Wiederholungen auf, sodass der Leser auf halber Strecke des Rätsels Lösung immer noch nicht auf der Spur ist. Zudem bleiben zentrale Analysestellen oft saftlos, und er liefert wenig konstruktive Lösungsvorschläge. Auch wenn das Beispiel der Niederlande und Belgiens für hiesige Leser anschaulich ist, wäre eine deutlich erkennbare Aktualisierung und inhaltliche Anpassung an die Situation Deutschlands wünschenswert gewesen. Pathe-

tisch schreibt er: »Wir müssen lernen, diejenigen zu lieben, die wir allzu gern und allzu leicht has-sen« (S. 13). Und seine Idealvorstellung eines »demokratischen« oder »aufgeklärten Populismus« (S. 77) nimmt sich romantisch aus. Mit sei-nem Kernanliegen hat er jedoch recht: Sollte nicht gerade die hochgebildete Elite den Pluralis-mus unserer Gesellschaft vorurteilsfrei anerken-nen und alle Bürger in die Demokratie einbezie-hen?

Sandra Wirth

Andreas Urs SOMMER: *Nietzsche und die Fol-gen*. Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler'sche Verlags-buchhandlung und Carl Ernst Poeschl Verlag 2017, 207 S., € 16,95

Das Anliegen Andreas Urs Sommers besteht da-rin, Nietzsche »hinter seinen Schlagworten und seinem Schnauzbart« zum Vorschein zu bringen. Nach Sommers Dafürhalten haben die »kursie-renden Nietzsche-Bilder [...] oft bedenkliche Schlagseiten«. Sommer unterteilt seinen Text in »Nietzsches Welt«, »Nietzsches Nachwelt« und »Nietzsches Zukunft«.

Im ersten Teil stellt Sommer Nietzsches Leben in Grundzügen und seine Hauptwerke bis zu sei-nem tragischen Ende vor, ohne seiner schon in früher Jugend beginnenden Kranken- und Lei-densgeschichte nennenswerte Bedeutung für sei-ne Schriften, besonders denen der Jahre 1888/89, zuzuschreiben. In Nietzsches letztem größeren Werk, *Ecce homo*, an dem er von Oktober 1888 bis zu seinem Zusammenbruch Anfang 1889 ar-beitete, »zelebriere das Ich« (Nietzsche), wie Sommer einräumt, zwar »seine Selbstvergöttlichung bis hin zur Identifikation mit Dionysos«; spätere Interpreten hätten dies »als Anzeichen des Wahnsinns sehen« wollen (S. 87). Doch habe dies, so Sommers kühne Hypothese »weniger mit Wahnsinn zu tun, als mit Methode« (S. 90). Denn: Das »sprechende Ich« wolle »vorbildlich werden für die künftigen Umwertungen, welche die Leser an sich und an ihrer Welt vollziehen sollen« (S. 90). Man möchte ergänzen: Nietzsche beschreibt hier nichts anderes als den von Gott freigesetzten »Neuen«, den »Sich-selber-Schaf-fenden«, den »Sich-selber-Gesetzgebenden« (Über)Menschen (KSA, 3, 563).

Sommer zieht am Ende des ersten Teils den Schluss, Nietzsche habe sich als ein unsystemati-scher Denker erwiesen, den man nicht »richtig« auslegen könne. Die angeblichen »Hauptlehren« seien lediglich Lebens- und Denkexperimente, gar »experimentelle Mythen« (S. 60).

Im zweiten Teil zeigt der Autor, wie sehr Nietzsches Wirkungsgeschichte »eine Geschichte permanenter und höchst widersprüchlicher Ver-suche der Nietzsche-Festschreibung« ist (S. 96). Da sich Nietzsche »allen Festschreibungen« ent-zöge, würde, so Sommers These, »eine neue Wirk-ungsgeschichtsschreibung« von der Frage be-stimmt »Welche Funktion kam und kommt ›Nietzsche‹ in den unterschiedlichsten kulturel-len Zusammenhängen zu?« (S. 98)

»Nietzsche-Festschreibungen«, bemerkt Som-mer, gebe es im faschistischen, aber auch im so-zialistischen Lager (S. 107). Nietzsches politische Rhetorik sei »alles andere als entspannt liberal«. Nietzsche sei jedoch »politisch polymorph« (127).

Zur Verifizierung der These, dass sich Nietz-sche allen Festschreibungen entzieht, wählt Som-mer zehn deutschsprachige Nietzsche-Bücher aus (S145) und zieht aus seinen »Probebohrun-gen« den Schluss, dass die Vielfalt der Nietzsche-deutungen die Nichtfestlegbarkeit Nietzsches be-legen. »Kaum einer der herangezogenen Auto-ren« betont er, könne aber »in Nietzsche den Denker des Vielfältigen und Vielfachen erken-nen«. Ihnen fehle der »Mut zur Pluralität« (165).

Sommer wirft gegen Schluss die Frage auf: »Wie sollen wir, nach Nietzsche, philosophie-ren?« (S. 166) Nietzsche sei, so die These, »weder am Leben, an der Welt oder an sich selbst verun-glückt«, sondern habe »Freiheit zu schöpferi-schem, sprachschöpferischem, denkschöpferi-schem Mut« gefunden. Nicht zuletzt auch »zum Lachen, zu Heiterkeit« (S. 168). Aber befand sich nicht schon der junge Nietzsche im persönlichen und gesellschaftlichen Abseits und beklagte ein-drücklich seine »Hundestall-Existenz« (KSA, 12, 198)? Ist Nietzsche nicht auch an seinen hohen Idealen und an seiner Einsamkeit zu Grunde ge-gangen? Muss nicht gerade bei Nietzsche die Einheit von Leben und Werk besonders betont werden?

Sommer will uns einen andern Blick auf Nietzsche eröffnen. Er empfiehlt mehr Distanz, weniger Pathos und mehr Leichtigkeit und be-

dauert, dass diejenigen, die Nietzsche »leicht nehmen«, »entschieden in der Minderheit« seien. Als positives Gegenbeispiel zu Kant nennt Sommer den »berühmten Philosoph Harald Schmidt: »Niemand hat eigentlich so viel Spaß verbreitet wie Nietzsche«, der »große, sympathische Gute-Laune-Entertainer« (S. 176).

»Aus der Ironie« folge, so Sommer, »für die Philosophie eine Fülle poetischer Lizenzen« (S. 177). »Mythen – warum nicht?« Sommer wolle jedoch nicht zurück zur »neomythischen Welt-sicht«, sondern »zur Veruneindeutigung dessen, was man gemeinhin über die Welt zu wissen meint«. Der Autor räumt an dieser Stelle gleichwohl ein: »So ironisch Nietzsche mit anderen Personen oder Gedanken auch umzuspringen verstand, so selten zeigte er doch die Bereitschaft, das Eigene der Ironie auszusetzen« (S. 181).

Wie also sollen wir nach Nietzsche denken? Sommer empfiehlt, »nicht vorschnell darüber ein Urteil zu fällen, was denn das Eigentliche und Letzte dieses uns aufgegebenen Denkens« sein soll. Vor allem sollten wir »nicht auf seine angeblichen ›Hauptlehren‹ reflexartig anspringen« (S. 192). Die »anhaltende Wirkung Nietzsches« liege nach Dafürhalten Sommers »auch daran, dass er immer wieder neu« anfangen, wie ein »Spiegel der Nervosität seines und unseres Zeitalters«. »Multiperspektivität« werde »bei ihm nicht postuliert, sondern praktiziert«. »Offenheit und Extremismus« seien »die Zaubermittel dieses Schreib-Denkens« (S. 193). Hätte es Nietzsche nicht gegeben, müsste man ihn erfinden, um uns ins »schreckliche und schöne Abenteuer der weltanschaulichen Unbehaustheit zu stoßen« (S. 195).

Ist es Andreas Urs Sommer gelungen, die »kursierenden Nietzsche-Bilder« gerade zu rücken und Nietzsches Funktion in den unterschiedlichen kulturellen Zusammenhängen deutlich zu machen? Nietzsche habe sich, so Sommers Diagnose, als ein unsystematischer Denker erwiesen, den man nicht »richtig« auslegen könne. Es gebe »differenziertere und weniger differenzierte Nietzsche-Bilder«, auch »Nietzsche-Interpretationen und -Instrumentalisierungen aller Art« – auch solche, die entschieden zu kritisieren seien (S. 96). Jede Nietzsche-Rezeption sei »dabei einseitig, zurechtrückend, anpassend. Jeder, der ihn liest«, lese ihn auf »seine Zwecke hin«, stelle »ihn in seinen Horizont« (S. 96).

Wie liest Sommer Nietzsche? Welche Funktion erfüllt er, in welchen Horizont wird er gestellt, für »welche Zwecke?« Zunächst: Sommer hält sich mit seiner Kritik an Nietzsche nicht zurück, wenn er z. B. die Idee des Übermenschen und die seiner »Selbststeigerung« (43) kritisiert und Nietzsche als »Gefährder« der Menschenwürde bezeichnet, der »jeden festen moralischen und metaphysischen Halt« (S. 44) aufgegeben habe. Und Sommer geht in seiner Kritik noch weiter: Nietzsches »Experimente«, wie seine »Ausfalligkeiten gegen den Egalitarismus, die Demokratie oder die angebliche sklavenmoralische Zersetzung kultureller Errungenschaften«, seien gar provokant, polemisch, »laut und mitunter übelriechend« (S. 67). Gleichwohl entschärft der Autor seine Kritik, wenn er betont, man solle Nietzsches Mythen »experimentell ironisch«, statt »buchstäblich ernst nehmen« (S. 182). Sie seien »wesentliche Mittel intellektueller Dynamisierung« (66).

Sommer kommt trotz seiner menschenrechtlichen Kritik an Nietzsches Übermenschen zu folgendem Urteil: Nietzsche lehre, »die Moral selbst kritisch zu perspektivieren, zumal jedes Erkennen perspektivisch gebunden« (S. 72) sei. Verstehe man »philosophisches Arbeiten als Geschäft radikaler Perspektivierung und Relativierung«, könne man, schlussfolgert der Autor, »mit ihm auch im 21. Jahrhundert noch manche Berge versetzen« (S. 72). Ist denn »jedes Erkennen perspektivisch gebunden« auch die Moral? Oder stellt das Konzept des ethischen Relativismus nicht ein Selbstwiderspruch dar, weil jede Ethik verallgemeinerungsfähig sein muss? Ist die Gravitation nur Ansichtssache? Niemand will in Verhältnissen leben in denen Fakten und normative Ansprüche nicht mehr zählen, denn dann ist intersubjektive Verständigung nicht mehr möglich.

In der Erkenntnistheorie folgt Sommer Nietzsches Kritik an der Metaphysik und seinem Perspektivismus. Obwohl Nietzsche jedweder Substanzmetaphysik den Kampf angesagt hat, fällt er bei seinen Vorstellungen vom Ich hinter Kant zurück. Für Kant erhebt der Tatbestand, dass »der Mensch in seiner Vorstellung das Ich haben kann«, den Menschen »unendlich über alle andere auf Erden lebende Wesen« (Kant, Anthropologie XII). Nietzsche hingegen, so Volker Gerhard, halte das »Ich denke« für derart klein, dass er seine Leistungen als »bloße Illusionen« bezeichnet

(S. 46). Nietzsche verstehe nicht, dass »alle Wirklichkeit, auch die des »freien Geistes«, ihre Realität als Wirksamkeit in Beziehungen« entfalte (S. 48). Demnach ist »das Ich keine eigenständige Substanz«, sondern bilde und erfahre sich in »einem existenziellen Zusammenhang von lebenspraktischer Bedeutung« (S. 51). Das Ich oder das Selbst verlangt nach dem, was Nietzsche Zeitlebens fehlte, nach Anerkennung durch den Anderen. Charakteristisch für Nietzsches Übermensch ist seine Abtrennung vom »letzten Menschen« also vom Mitmenschen. In dieser sozialen Vereinzelung ist der Übermensch der Gegenbegriff zum Menschen. Er ist kein soziales Wesen, kein Mitmensch und kein Citoyen.

Längst hat die postmoderne Nietzschedeutung, wie auch die von Sommer oder unlängst von Sarah Scheibenberger (vgl. auch die Kritik von Christian Niemeyer in: A&K 4/2017, 163), aus Nietzsche einen Philosophen der pluralistischen Diskurse gemacht. In Frankreich war Nietzsche der Vater der Postmoderne und der Differenzphilosophie. Andreas Urs Sommer verfolgt, ähnlich wie Richard Rorty, eine Nietzsche-Halbierung. Nietzsches Politik gilt als »prämodern«, seine Philosophie als »postmodern«. Anders als Nietzsche sind sich Rorty und Sommer darin einig, dass die Demokratie jene Staatsform ist, in der sich die Ansprüche des Individuums auf Selbstkreation am besten verwirklichen lassen. Rortys imaginierte Bürger sind, wie bei Sommer, »liberale Ironiker«, nehmen sich und die Meinungen anderer nicht »bierernst« und schaffen so ein Klima von Toleranz und Pluralismus. Ziel ist nicht das Suchen nach der Wahrheit, sondern Solidarität und dass man miteinander klarkommt. Wie Rorty und Nietzsche erklärt Sommer universelle Prinzipien zu »metaphysischen Gespenstern«.

Aber was ist, wenn einige das »System« ablehnen, nicht mehr klarkommen wollen? Muss nicht der Werterelativismus, Ergebnis vollständiger Reflexivität und Profanität der Vernunft, versagen, wenn reaktionäre politische Kräfte mit ihren Wahrheitsansprüchen an den Grundfesten der liberalen Demokratie rütteln? Ist »Perception reality«, wie der Berliner Spitzenkandidat der AfD Georg Pazderski am Wahlsonntag im September 2016 behauptete? Die Pluralität garantiert uns in der modernen Gesellschaft zwar die Freiheit, kann aber nicht das letzte Wort sein, wenn es zum Konflikt zwischen entgegengesetzten Werten kommt.

Als Denker einer »Kultur ohne Zentrum« (Rorty) ist Nietzsche zweifellos ein Philosoph der Postmoderne, aber auch einer ihrer »Gefährder«. Bestand nicht die Prophezie des »unpolitischen« Philosophen darin, die Freiheit außerhalb zivilisatorischer Verbindlichkeiten zu suchen? Dem »vertrotzten Individualismus«, wie ihn Thomas Mann nannte, bedeutete die politische Freiheit des Staatsbürgers und das »Glück der Vielen« (KSA 2, 8, 438) wenig. Nietzsches Anti-Egalitarismus markiert – politisch formuliert – den »rechten« Rand des Spektrums in der Theorie der sozialen Gerechtigkeit. Diese »widerpenstige Ungesellschaftlichkeit« (Medicus, Thomas) steht heute im Westen in Form der Politikverdrossenheit und des Kampfes gegen »das System« erneut hoch im Kurs. Sie unterstützt die Zerstörung der Grundlagen unserer liberalen Demokratie durch autoritäre Bewegungen.

Sommer präsentiert uns Nietzsche als Philosoph der pluralistischen Diskurse. Es gelingt ihm nicht nur Nietzsches Denk- und Entwicklungswege transparent zu machen, sondern verdeutlicht an Hand der Vielfalt der Nietzschedeutungen die Schwierigkeit, Nietzsche hinter seinem Schnurbart zum Vorschein zu bringen. Sommer distanziert sich von dem Nietzsche als »Gefährder« der Menschenwürde und verlässt damit den Boden seines ethischen Relativismus. Dem Leser wird ein Philosoph präsentiert, dem es gelingt, die Kontinuität philosophischer Fragen aufrecht zu erhalten und neu zu begründen, ein Philosoph mit höchst originellen, aber auch gefährlichen Gedanken. Der Autor folgt dem postmodernen Nietzsche, kommt aber auch seiner Aufforderung »dem Mut zum Angriff auf seine Überzeugungen« (N. Frühjahr 1888; VIII 14 159), besonders im Hinblick auf den prämodernen Nietzsche nach. Andreas Urs Sommers Nietzsches Studie ist eine lesenswerte Ein- und Hinführung in die Philosophie Nietzsches und in seine Folgen. Sie ist uneingeschränkt zu empfehlen.

Bruno Heidlberger

Jürgen WERTHEIMER/Isabelle HOLZ/Florian ROGGE: *Maidan, Tahrir, Taksim. Die Sprache der Plätze. Protest, Aufbruch, Repression, Wiesbaden: marix Verlag 2017, 114 S., € 15,00*

Maidan, Tahrir und Taksim – jedem aufmerksamen Zeitgenossen ist bewusst, wofür diese Plätze

stehen, sie sind regelrecht zu Programmen geworden (zutreffend S. 86)! Öffentliche Plätze und ihre verschiedensten Nutzungsformen stehen im Schnittpunkt des Erkenntnisinteresses zahlreicher und unterschiedlichster Disziplinen: des Städtebaus, der Architektur, der Geschichte, Politologie, Soziologie, Psychologie, Philosophie und der Jurisprudenz. Die Literaturwissenschaft würde man hier nicht unbedingt vermuten. Und doch nimmt sich mit Jürgen Wertheimer ein ehemaliger Inhaber des »Lehrstuhls für Neuere Deutsche Literaturwissenschaft und Komparistik an der Universität Tübingen« mit dem vorliegenden schlanken Bändchen dieser interessanten Thematik an. Um ihm gerecht zu werden, ist deswegen sein ganz spezifisches Erkenntnisinteresse von besonderer Bedeutung: »Dieses Buch«, so Wertheimer im Vorwort (S. 14), »soll keine politikwissenschaftlichen oder historischen Detailstudien enthalten, keine enzyklopädische Gesamtdarstellung anbieten und versteht sich auch nicht als Ansammlung von Reportagen. Was in diesem Buch unternommen wird, ist der Versuch einer essayistischen Betrachtung der drei Plätze aus der kultur- und literaturwissenschaftlichen Vogelperspektive.« Dies ist eine sympathische Untertreibung, weil natürlich auch Wertheimer an relevanten Erkenntnissen der erwähnten Disziplinen nicht vorbei kann. Einer Einführung (S. 17 ff.) folgen Darstellungen der drei Plätze und der Ereignisse, für die sie stehen, nach einem einheitlichen Analyseschema (Vorgeschichte, Verlauf, Folgen). Sehr deutlich wird dabei der Struktur- und Funktionswandel öffentlicher Plätze. Mit der Emanzipation des Bürgertums, der zunehmenden Demokratisierung und dem Erstarken der Zivilgesellschaft erfuhr der öffentliche Platz nämlich einen fundamentalen Bedeu-

tungszuwachs bzw. Bedeutungswandel. Dienten öffentliche Plätze ursprünglich (und natürlich auch noch heute) der reinen staatlichen Selbstinszenierung (S. 20), Repräsentanz (S. 14), Akklamation oder der puren Machtdemonstration, so entwickelten sie sich zunehmend zu Instrumenten zivilgesellschaftlicher Opposition oder gar zu »Laboratorien für Öffentlichkeit und Demokratie« (S. 20) und verwandelten den »Marktplatz« damit in einen »Kampfplatz« (S. 21). Wie gefährgelegt gerade letzteres ist, und wie Manifestationen der Zivilgesellschaft auf Plätzen auch enden können, ist untrennbar mit dem Namen des Tian An Men-Platzes verbunden (zutreffend S. 24 thematisiert). Beide Funktionen öffentlicher Plätze, staatliche Selbstdarstellung und staatliche Infra-gestaltung, implizieren und produzieren unheimlich dynamische Prozesse, die ohne Massenpsychologie nicht zutreffend erklärt werden können (ansatzweise S. 28/93). José Ortega y Gasset, Gustave Le Bon und David Riesman sind diesbezüglich auch heute noch konkurrenzlose Bezugsgrößen. Einen spezifischen Beitrag seiner eigenen Zukunft steuert Wertheimer dadurch bei, dass er die besondere Bedeutung der Kunst bei staatlichen und nichtstaatlichen Machtdemonstrationen auf öffentlichen Plätzen hervorhebt (S. 39/45/97). Jeder, dem die großen Musikkonzerte auf dem Maidan oder die Graffiti- und Street Art-Darbietungen auf dem Tahir noch in Erinnerung sind, liest die diesbezüglichen Ausführungen mit allergrößtem Gewinn. Alles in allem ein hochinteressantes Buch, das zu weiteren fachspezifischen Forschungen regelrecht animiert. Hoffentlich wird der Ball dort auch aufgenommen, es dürfte sich lohnen!

Michael Fuchs